

2012.GR.000084

Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat

Legislaturrichtlinien 2013 - 2016; Schlussbericht

Der Gemeinderat hat sich in seinen Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 das Ziel gesetzt, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die Stadt Bern nachhaltig weiterzuentwickeln. Er hat dabei die folgenden vier Schwerpunkte definiert:

Bern ist das Zentrum für...

- Wohnen und Nachhaltigkeit
- Freizeit und Erlebnis
- Politik und Verwaltung
- Arbeit und Bildung

Der Grossteil der 26 prioritären Massnahmen, die den vier Schwerpunkten und 14 Zielen zugeordnet sind, konnten umgesetzt werden. Im Folgenden werden pro Schwerpunkt einige Entwicklungen festgehalten.

Wohnen und Nachhaltigkeit

Die Stadtberner Bevölkerung wächst weiterhin und immer mehr Menschen können von der hohen Lebensqualität in der Stadt profitieren. Für die Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung ist die Zustimmung der Stimmberechtigten zu den Planungsvorlagen Viererfeld und Mittelfeld. Mit dem neuen Stadtquartier entsteht dringend benötigter Wohnraum und ein attraktiver Stadtteilpark auf einem ideal gelegenen und gut erschlossenen Areal. Mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept STEK 2016, dessen Verabschiedung Ende Legislatur vorgesehen ist, werden zudem die Grundlagen der zukünftigen Entwicklung der Wohn- und Arbeitsstadt Bern geschaffen.

Freizeit und Erlebnis

Durch die verschiedenen lancierten und zum Teil bereits umgesetzten Zwischennutzungen (Feuerwehrkaserne, Warmbächliweg, Egelsee) hat die Stadt Bern neuen Schwung erhalten und zusätzlich an Attraktivität gewonnen. Die neue 50m-Schwimmhalle konnte mit dem Standortentscheid von Ende Juni 2016 eine entscheidende Hürde nehmen. In den nächsten Monaten geht es darum, das Projekt für eine Schwimmhalle im Neufeld weiter voranzutreiben und dem Stadtrat den Projektierungskreditantrag vorzulegen.

Politik und Verwaltung

Die Hauptstadtregion Schweiz - und somit die Stadt Bern als deren Mittelpunkt - ist das politische Zentrum der Schweiz. Die Stadt Bern arbeitet auch in dieser Legislatur aktiv in den Gremien und Projekten der Hauptstadtregion mit und trägt so dazu bei, den Status als Politzentrum zu festigen. In dieser Legislatur wurde die kantonalbernerische Städteallianz - vertreten sind die Stadtpräsidenten der sechs grössten Städte im Kanton Bern - initiiert; sie erlaubt es, urbane Anliegen auf kantonaler - oder ausnahmsweise auch nationaler - Ebene gemeinsam anzugehen.

Arbeit und Bildung

Mit der Annahme der neuen Überbauungsordnung für das Inselareal durch die Stimmberechtigten wurden wichtige Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Inselareals und somit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geschaffen. WankdorfCity, ein weiterer wichtiger Arbeitsplatzstand-

ort in der Stadt Bern, kann sich dank der Zustimmung der Stimmberechtigten zur Abgabe von drei weiteren Baufeldern ebenfalls wie gewünscht weiterentwickeln.

Die Stadt Bern verfügt über ein gut ausgebautes, flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder zwischen 0 und 16 Jahren. In dieser Legislatur wurde das System der Betreuungsgutscheine in der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgreich eingeführt. Zudem konnte das Angebot für die Kinderbetreuung für Schulkinder während den Schulferien wesentlich verbessert werden.

Der vorliegende Schlussbericht zieht lediglich Bilanz über die in den Legislaturrichtlinien formulierten Ziele und prioritären Massnahmen. In den Schlussbericht wurden die Entwicklungen bis Ende Juni 2016 aufgenommen. Informationen zur Erfüllung der weiteren Aufgaben und Projekte sind den jeweiligen Jahresberichten zu entnehmen.

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 im Sinne von Artikel 95 der Gemeindeordnung zur Kenntnisnahme.

Planungserklärung

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 14. November 2013 (SRB 2013-445) folgende Planungserklärung zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 verabschiedet:

Seite 12, Regionale Zusammenarbeit: „Die Stadt setzt sich für eine breitere demokratische Abstützung der Regionalkonferenz und für transparente Ausdrucksmöglichkeiten unterschiedlicher Meinungen innerhalb der Regionalkonferenz-Gemeinden ein.“

Bis anhin hat der Stadtpräsident die Agglomerationskommission regelmässig über die Traktanden der Regionalversammlung orientiert, damit die Kommission über die Inhalte und kommenden Geschäfte der RKBM informiert ist. Da die Frage der Konsultation der Gemeindeparlamente auch andernorts, so etwa in der Gemeinde Köniz, ein Thema war, hat die Geschäftsleitung der RKBM im Dezember 2015 eine Weisung erlassen, welche den Einbezug der Parlamente bei wichtigen Vorhaben (z.B. RGSK, Kulturverträge) regelt. Neu sollen auch die Gemeindeparlamente zur Stellungnahme bei wichtigen Vorhaben eingeladen werden. Der Stadtrat respektive die AKO prüft nun die Umsetzung dieser Weisung auf Stadtebene und hat eine entsprechende Änderung des Geschäftsreglements des Stadtrats ins Auge gefasst. Zudem führt der Kanton 2016 eine SARZ-Evaluation durch. Bei dieser Überprüfung der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ) wird es darum gehen, Perimeter- und Finanzierungsfragen rund um die Regionalkonferenzen zu durchleuchten.

Der Gemeinderat erachtet die Planungserklärung somit als erfüllt.

Antrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013 - 2016 des Gemeinderats.

Bern, 17. August 2016

Der Gemeinderat

Beilage

Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2013-2016